



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/241 - 17.10.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Zu einem Beschluß des Immunitätsausschusses	S. 1
Der Abschluß des KPdSU-Kongresses	S. 3
Konsumgenossenschaften und Sparkassen	S. 5
Sowjetzonen-Nachrichten	S. 6

Um die Immunität der Kommunisten

Von H.G.Ritzel, MdB
Vorsitzender des Ausschusses für
Geschäftsordnung und Immunität

Der Bundestag wird sich demnächst mit einer gegen die kommunistischen Bundestagsabgeordneten gerichteten Empfehlung seines Immunitätsausschusses zu befassen haben. Es handelt sich um das Verlangen auf Freigabe der Strafverfolgung in 17 Fällen gegen bis jetzt sieben Mitglieder der kommunistischen Gruppe im Deutschen Bundestag, wozu ein achter Fall mit allein sieben Strafklagen kommen soll und weitere in Aussicht gestellt sind. Die Sozialdemokratie hat in Anbetracht der ständigen scharfen Angriffe der KP gegen sie gewiß keinen Anlaß, sich der Personen wegen schützend vor die Kommunisten zu stellen. Wenn sich gleichwohl im Immunitätsausschuß die sozialdemokratischen Vertreter gegen die Aufhebung der Immunität der kommunistischen Abgeordneten gewandt haben geschah das, weil die Haltung der SPD auf grundsätzlichen Überlegungen beruht und sich an den Erfahrungen der Vergangenheit orientiert.

Den Kommunisten wird vorgeworfen, daß sie ihre Immunität dazu mißbraucht haben, die Verantwortung für einen großen Teil jener Sintflut von Flugblättern und sonstigen Druckschriften zu übernehmen, die im Kampf gegen den Generalvertrag, den EVG-Vertrag und in der gesamtdeutschen Frage in der letzten Zeit über

die Bundesrepublik ausgeschüttet wurde und daß in diesen Schriften mit Beleidigungen, und Unterstellungen gearbeitet worden sei. Weder dem zuständigen Ausschuß noch dem Bundestag selbst steht indessen eine materielle Beweiswürdigung zu. Die Prüfung der Frage, ob Anlaß besteht, durch Aufhebung der Immunität der beschuldigten kommunistischen Abgeordneten die Strafverfolgung freizugeben, muß vom Parlament aus anderen Gesichtspunkten entschieden werden. Zunächst einmal ist festzustellen, daß der Bundestag in allen bisherigen Fällen, in denen Beleidigungen politischen Charakters vorliegen, die Aufhebung der Immunität verweigert hat. Es wäre nicht gut, wenn von diesem Prinzip abgewichen würde.

Die Anklagepunkte umfassen den behaupteten Tatbestand der Beleidigung politischen Charakters, der üblen Nachrede, der Verleumdung, der Staatsgefährdung und der Vorbereitung zum Hochverrat gemäß § 81 StGB. Im Falle einer Durchführung der Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat könnte als Nebenwirkung einer Strafe auch die Aberkennung parlamentarischer Mandate in Frage kommen. Da es sich teilweise um Aufforderungen zu Streiks und Demonstrationen handelt, ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß solche Aufforderungen nicht an sich als gesetzwidrig zu bezeichnen sind. Man soll hier den Anfängen wehren und keine Konstruktionen schaffen, die morgen als Instrument einer Staatsjustiz gegen jede freiheitliche Meinungsäußerung verwendet werden können. Erst wenn sich bei Durchführung gesetzlich erlaubter Streiks und Demonstrationen strafbare Tatbestände ergeben würden, hätten die Gerichte einzugreifen. Solche Tatbestände liegen aber weder vor, noch werden sie behauptet. Staatsgefährdung und Vorbereitung zum Hochverrat sind Begriffe, mit denen sich der Bundestag gegebenenfalls aus diesen Anlässen auseinandersetzen muß. Die Heigung, in dem Vorgehen der Kommunisten beide Tatbestände als erfüllt anzusehen, wird den vorliegenden Tatsachen nicht gerecht, sie erscheint als eine Übertreibung. Sie kann geeignet sein, Rechtswirkungen zu schaffen, die uns in peinlicher Weise an vergangene Zeiten erinnern.

Ob in der verantwortlichen Zeichnung der erwähnten Druckschriften durch kommunistische Bundestagsabgeordnete ein Mißbrauch des Immunitätsrechts zu erblicken ist, wird der Bundestag gegebenenfalls generell zu entscheiden haben. Einigkeit besteht zweifellos darüber, daß die kommunistische Propaganda aus dem Osten gesteuert und finanziert wird und daß sie an Schärfe wie Umfang weit über den üblichen Rahmen hinausgeht. Aber in einer Massenpropaganda an sich kann keinesfalls ein strafbarer Tatbestand liegen. Der Bundestag wäre schlecht beraten, wenn er in seiner Mehrheit aus Verärgerung über die kommunistischen Druckschriftenflut versuchen würde, für die von der Bundesregierung verlangte Entscheidung über die behauptete Verfassungswidrigkeit der KP eine Situation zu schaffen, die die Aufgabe des Bundesverfassungsgerichtes nach der Seite der persönlichen strafrechtlichen Verantwortung des einzelnen Abgeordneten hin in etwa vorwegnimmt oder einengt.

+ + +

Stalin braucht Zeit

St. Die entscheidende Bedeutung des 19. Parteitages der KPdSU liegt nach dem Willen der Veranstalter in der Demonstration der Macht Stalins. Aber dieser Parteitag gab auch eine unmißverständliche Gewißheit: Stalin ist alt. Er ist so gebrechlich, daß er nicht mehr in der Lage ist, die Strapaze der üblichen acht- bis neunstündigen Marathonreden hinter dem Rednerpult durchzustehen. Zum ersten Mal trat er nicht vor das Forum der Partei. Seine fünfzigseitige Proklamation an den Parteitag machte verbindlich, was auf dem Parteitag beschlossen zu werden hatte.

Dieser 19. Parteitag beendete den Zeitabschnitt, der vom hitlerischen Überfall auf die Sowjetunion bis zur Ausdehnung des sowjetischen Imperiums vom gelben Meer bis an die Elbe reicht und das beherrschende Thema der Diskussionen war der Versuch, eine theoretische Begründung des sowjetischen Imperialismus zu geben. Bereits in seinem Artikel über den "Marxismus und die Sprachwissenschaften" hatte Stalin seine These vom Überbau entwickelt, der in besonderen Situationen in der Lage sei, die ökonomische Basis zu verändern. Hier wurde, in Umkehrung der marxischen Analyse von der ökonomischen Basis die den Charakter des gesellschaftlichen Überbaus bestimmt, die Errichtung der kommunistischen Diktatur in den Ländern gerechtfertigt, deren ökonomische und soziologische Verhältnisse auch nach alten kommunistischen Vorstellungen noch nicht für den Kommunismus reif waren.

In seinem Parteitagsartikel "Über die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR" wird diese Formulierung des sowjetischen Imperialismus weiterentwickelt und versucht, auch eine theoretische Darlegung der Methoden der Ausbeutung in den besetzten Ländern zu geben. Über diesem Problem hatten bereits jahrelang sowjetische Theoretiker gebrütet und nicht mehr als Bruchstücke über ein neues "Wertgesetz" erfunden, dessen Anwendung in der Praxis bereits seit Jahrzehnten in den Staatslädern, bei der Aufrüstung und in der Reparationspolitik erfolgt.

Stalin mußte endlich klarmachen, warum auch nach 30 Jahren "stürmischen Aufbaues" die Wirtschaftsplanung nicht der Befriedigung

der Konsumbedürfnisse dient und hier in absehbarer Zeit keine Änderung eintreten kann. Die sensationelle Angabe absoluter Zahlen über die sowjetische Produktion zeigte das ganze Ausmaß der stalinistischen Misere: Die sowjetische Wirtschaft hat die bereits vor zehn Jahren proklamierte "Einholung und Überholung des Westens" bei weitem nicht erreicht. Stalin muß in der Auseinandersetzung mit dem Westen also zunächst einmal kurztreten. Der Zusammenhang zwischen der theoretischen Begründung des stalinistischen Imperialismus und dem Zwang zum noch stärkeren Ausbau der Rüstungsindustrie ist ein Faktum, das der Parteitag nicht ohne Grund der eigenen Bevölkerung und den kommunistischen Satellitenparteien klargebracht haben dürfte.

In dieser Situation des sowjetischen Blocks liegt seine außenpolitische Linie begründet. Stalin gab eindeutig zu verstehen, daß er die revolutionäre Situation in der Welt für abgeklungen und die Chance der Ausnutzung des weltpolitischen Nachkriegschlacks in den westlichen Demokratien für verstrichen hält. Er sieht sich nicht in der Lage, gegen die wachsende westliche Stärke aktive Maßnahmen zu ergreifen. Er greift zu der alten Parole: Es gäbe ein Nebeneinander des "Sozialismus" und des "Kapitalismus". Man brauche nur abzuwarten, die Wahrscheinlichkeit eines Krieges oder von Auseinandersetzungen unter den kapitalistischen Ländern sei größer als die Gefahr eines bewaffneten Konflikts zwischen Ost und West. Stalin braucht eben Zeit.

Wie bisher werden die Sowjets die nationalen Gegensätze und anti-amerikanischen Stimmungen vor allem bei den breiten Massen schüren und Auseinandersetzungen der westlichen Welt provozieren. Und weiter sind die Sowjets bereit, auch die reaktionärsten Kräfte in der westlichen Welt zu fördern, wenn sie damit die Krise, auf die Stalin immer noch hofft, beschleunigen können. Der 18. Parteikongreß brachte die Ankündigung des Paktes Hitler und Stalin, auf dem 19. begeht Stalin den Fehler zu hoffen, die Geschichte wiederhole sich.

Innerpolitisch wird die Zeit zur Konsolidierung der stalinistischen Macht und zum verstärkten Ausbau der Schwerindustrie ausgenutzt werden. Das bedeutet Verschärfung der Ausbeutung, des Terrors und der Unterdrückung im Inneren. In diesem Zusammenhang erhalten die Änderung der Statuten und die Auflösung des Politbüros ihre Bedeutung. Die Diktatur Lenins, errichtet auf der Bedeutung einer revolutionären Persönlichkeit, wird jetzt zu einer institutionellen Diktatur des Generalsekretärs der KPdSU. Zweifellos hat das auch seine besondere Bedeutung im Hinblick auf die Nachfolge Stalins, mag der Kronprinz nun Malenkow, Molotow, Berija oder Chruschtschew heißen.

Sieht so die Freiheit aus ?

K.V. Darüber, daß der Wirtschaft das größtmögliche, d.h. das mit Rücksicht auf die Belange der Allgemeinheit vertretbare Maß an Freiheit gewährt werden soll, besteht unter den demokratischen Parteien grundsätzlich keine Meinungsverschiedenheit. Nur über die Frage, was als vertretbar anzusehen ist, wird man sich ständig auseinandersetzen müssen,

Nun wäre anzunehmen, daß diejenigen Parteien, die den Grundsatz der wirtschaftlichen Freiheit am konsequentesten verkünden, ihn auch weitestgehend durchgeführt wissen wollen, während diejenigen, die die stärksten Vorbehalte machen, eher geneigt sein könnten, einem die Freiheit beschneidenden Zwange Raum zu geben. Wie gesagt, das wäre anzunehmen, wenn - wirtschaftliche Freiheit ein Begriff wäre, der einheitlich definiert und unterschiedslos zur Anwendung gebracht würde. Dem ist aber allem Anschein nach nicht so.

Wie sollte es sonst zu erklären sein, daß jüngst in einem Landesparlament (Niedersachsen) von der DP/CDU-Fraktion der Antrag gestellt wurde, die Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften als Annahmestellen von Spargeldern für die Bank für Wirtschaft und Arbeit einzuschalten? Ganz abgesehen davon, daß die Konsumgenossenschaften vor ihrer gewaltsamen Auflösung eigene Sparkassen unterhielten, es also als ein selbstverständlicher Akt der Wiedergutmachung anzusehen wäre, ihnen dieses Recht auch heute wieder einzuräumen, läßt dieser Versuch, die Mitglieder der Konsumgenossenschaften gewaltsam zu hindern, ihre Spargroschen dorthin zu tun, wo sie es für richtig halten, recht interessante Rückschlüsse auf den Begriff "Freiheit" zu, wie ihn die Antragsteller im Niedersächsischen Landtage sehen und vertreten.

Daß der Landtag diesen Antrag mit 80 gegen 57 Stimmen bei 11 Enthaltungen ablehnte, spricht für das Gerechtigkeitsempfinden dieses Parlaments, daß er überhaupt gestellt werden konnte, war für die Verfechter der Idee der wirtschaftlichen Freiheit beschämend genug. Daß man sich zudem eine Maßnahme zu eigen machen wollte, die von den Nationalsozialisten, also den neben den Kommunisten konsequentesten Vertretern zwangswirtschaftlicher Ideen und Maßnahmen, gegen die in Freiheit gewachsenen Konsumgenossenschaften angewendet wurde, ist ebenso geschmacklos wie gefährlich. Man sollte nicht vergessen, daß die Freiheit, auch die wirtschaftliche Freiheit, nur dann Bestand haben kann, wenn sie ohne Rücksicht der Person oder hier der Unternehmensform zur Anwendung gebracht wird, vorausgesetzt natürlich, daß es sich um Institutionen handelt, welche nicht selbst dem Grundsatz der wirtschaftlichen Freiheit zuwiderhandeln. Das aber kann von den Konsumgenossenschaften beileibe nicht behauptet werden, denn sie sind mit dem von ihnen vertretenen Grundsatz der freien Gemeinwirtschaft Vorkämpfer einer Wirtschaftsanschauung und -praxis, die sich anstelle einer zügellosen Profitwirtschaft als die für die Allgemeinheit bessere und nützlichere Wirtschaftsform erweist und durchzusetzen beginnt.

+ + +

Nachrichten aus der SowjetzoneVom Ostbüro der SPD erfahren wir:

Alle SED-Kontrollkommissionen wurden angewiesen, die Betriebe und Verwaltungen nach jugendlichen SED-Mitgliedern durchzukämmen, die sich geweigert hatten, in die "Volksarmee" einzutreten. Die übrigen Ostzonenparteien und Massenorganisationen sollen ähnliche Anordnungen vorbereiten. Durch den Ausschluß der Jugendlichen aus Parteien und Massenorganisationen, der ihnen den weiteren Berufsweg verbauen würde, sollen sie unter Druck gesetzt und soll eine erhöhte Zahl von Freiwilligenmeldungen erreicht werden.

x

Im Zuge der Neuorganisation des Gerichtswesens der Sowjetzone erfolgte eine umfangreiche Säuberung von nichtkommunistischen Richtern und Justizangestellten. Allein beim Amts- und Landgericht Leipzig wurden 200 Kündigungen ausgesprochen. Vor allem wurde die Zahl der akademisch vorgebildeten Fachjuristen verringert. An ihre Stelle traten vom Vertrauen der SED getragene "Volksrichter". Zum neuen Leiter der Bezirksjustizverwaltung wurde der bisherige Staatsanwalt in Pirna, Eildermann, ernannt. Ähnliche Maßnahmen wurden in allen Bezirksjustizverwaltungen getroffen. Auf eine besondere Anordnung des Generalstaatsanwalts Dr. Melsheimer mußten sämtliche Staatsanwälte und Angestellten der Staatsanwaltschaft, die den sogenannten Blockparteien angehören, mit sofortiger Wirkung entlassen werden. Diese Maßnahme betraf auch Schwerbeschädigte, deren Kündigungsschutz in keiner Weise beachtet wurde.

x

Im Zwickau-Ölsnitzer Kohlenbergbau muß als Folge des vor einigen Monaten erfolgten großen Grubenunglücks versucht werden, die vernachlässigten Sicherheitsmaßnahmen zu verbessern. Diese Maßnahmen werden als umso dringlicher hingestellt, als durch die sich häufenden Unfälle nicht nur die Unglücksziffern gestiegen sind, sondern auch die Planerfüllung durch den Ausfall von Maschinen und Transportmaterial in Gefahr geraten ist. Bis heute wurden keine wesentlichen Erfolge erzielt. In den vergangenen Wochen und Monaten brachen insgesamt 16 Erände in den Revieren aus.

x

Die Landesleitungen der HO wurden am 1. Oktober 1952 im Zuge der Sowjetisierung der Ostzonenverwaltung aufgelöst. Die Verwaltungsfunktionen waren bereits am 1. September auf die neuen Bezirksleitungen übergegangen. Nach einer neuen Anweisung der zentralen HO-Leitung müssen alle Käufer, die in der HO Einkäufe über 250 M tätigen, namentlich registriert und dem Innenministerium gemeldet werden.

x

In Leipzig mußten binnen kürzester Frist 90 Einfamilienhäuser durch das Wohnungsamt geräumt werden, um Unterbringungsmöglichkeiten für Aktivisten und prominente Verwaltungsfunktionäre zu schaffen. Das Wohnungsamt wurde angewiesen, bei der Auswahl der Wohnungen darauf zu achten, daß diese möglichst abgelegen sind und über einen für Repräsentation geeigneten Raum verfügen.

Verantwortlich: Peter Raunau